

Bürgermeister sind enttäuscht, Bürgerinitiative zeigt sich erfreut

• Bad Waldsees Bürgermeister **Roland Weinschenk** nennt die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim „bedauerlich“. Doch er sagt auch: „Der Grundansatz bleibt weiterhin der richtige.“ Heißt: Seiner Meinung nach sollten die Gemeinden weiterhin gemeinsam nach einem Standort zur Ansiedlung von Industrie suchen. „Der Zweckverband ist ja auf Dauer angelegt“, so Weinschenk. Gleichzeitig sei es nicht sinnvoll, juristisch weiter um den Standort bei Zwings zu kämpfen. Er warte nun auf die detaillierte Urteilsbegründung – gerade mit Blick darauf, inwiefern manche Argumente auch gegen mögliche alternative Standorte sprächen. „Damit müssen sich nun die Gremien auseinandersetzen“, so Weinschenk weiter. Denn der Bedarf an Fläche für Industrieunternehmen sei auch in Zukunft gegeben. „Dienstleistungen sind wichtig, aber in der

Produktion wird das Geld erwirtschaftet“, sagt Weinschenk.

• Wolfeggs Bürgermeister **Peter Müller** ist „maßlos enttäuscht“, wie er sagt. Für Wolfegg sei der Verwaltungsgerichtsentscheid fatal. Akut fehlten vier bis acht Hektar Gewerbefläche. Wären die übergeordneten Behörden früher damit herausgerückt, um was es ihnen geht, hätte Wolfegg nicht in Erwartung von OGI die wirtschaftlich fettesten Jahre verpasst. „Das ärgert mich maßlos“, sagt Müller, der sich jetzt von Neuem auf die Suche nach Fläche machen muss – ob allein oder mit den Nachbargemeinden, müsse sich noch herausstellen.

• Bergatreutes Bürgermeister **Helmfried Schäfer** hält die Entscheidung „leider für ein falsches Signal“. Es sei schade, dass die Zusammenarbeit der Gemeinden nicht besser honoriert wurde. Die Grundstücke hätten noch an Wert

zugelegt. Das Geld für Gutachten sei zwar hin, doch ohne Gutachten gäbe es in einem derartigen Verfahren eben keine Chance, weiterzukommen. Und nun? „Um es klar zu sagen, es gibt keinen Plan B und Gewerbeflächen werden wir jetzt nicht gerade aus dem Hut zaubern können“, sagt Schäfer.

• **Andrea Hagenlocher** von der Bürgerinitiative Lebenswerter Haisertgau hingegen zeigt sich erfreut über das Urteil. „Wir sind sehr froh, dass Natur- und Landschaftsschutz gewonnen haben“, sagt sie. Mit Flächen, gerade mit solch sensiblen wie der bei Zwings, müsse sorgsam umgegangen werden. Sie verweist auf die Begründung des Gerichts, das unter anderem mit dem Landesentwicklungsplan argumentiert. „Der Plan war unser Argument von Anfang an“, sagt sie. „Da freut man sich als Prozessbeobachter, dass die eigenen Argumente aufgegriffen werden.“ (kab/weg)